Nummer 451

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 74. Jahrgang. Mittwoch, 26. September 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse. Praxis des Wirtschaftsrechts. Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr. Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: i. V.: Wilh. Steneberg. Polit. Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Reinhof. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holland. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 30 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Groener über die „modernste Armee der Welt".

Antwort auf die Lügenkampagne gegen unsere Reichswehr.

Manöverkritik in Schlesien.

Görlitz, 25. September.

Unmittelbar nach Schluß der schlesischen Herbstmanöver unserer Reichswehr wurde bei Geibsdorf die Manöverkritik abgehalten, an der auch der Reichspräsident und der Reichswehrminister teilnahmen. Nach dem Leiter der Uebungen, General von Tschischwitz, sprach der Chef der Heeresleitung, General Heye, der die Leistungen von Führung und Truppe voll anerkannte. Anschließend nahm Reichswehrminister Groener das Wort. Zunächst wies der Minister darauf hin, daß dieses das erste Manöver sei, das er nach dem Weltkriege persönlich mitmache. Zwei Dinge seien ihm besonders ins Auge gesprungen: Einmal die große Armut an modernen Kampfmitteln, dann aber demgegenüber der große Reichtum an Kenntnissen, Passion, Intelligenz und Leistungsfähigkeit in allen Teilen des Heeres. Unsere Armut an modernen Kampfmitteln sei zwangsläufig durch den Versailler Vertrag bedingt.

Die Reden von der „modernsten Armee der Welt" sein nur geschickte Kampfmittel unserer ehemaligen Gegner, um sich der Verpflichtung zur Abrüstung zu entziehen. Es sei unsere Pflicht, dauernd und zäh für die Gleichberechtigung Deutschlands auch auf dem Rüstungsgebiete zu kämpfen und wenigstens theoretisch alle Errungenschaften der Technik und alle Neuerscheinungen auf dem Gebiete der modernen Kampfmittel zu studieren.

Der Ausgleich liege für uns nur auf dem Gebiete der Ausbildung und Erziehung von Führern und Truppen. Uebungen, wie die interessanten schlesischen Manöver, dürften nicht Eintagserscheinungen sein, sondern sollten zum Nachdenken anregen, wie die aktuellen Probleme der Führungskunst unter den neuzeitlichen Erscheinungen der Kriegserfahrungen in dem für uns günstigsten Sinne zu lösen sind. Gerade für die deutschen Führer komme es darauf an, daß sie die operativen und praktischen Kernpunkte der jeweiligen Lage schnell erkennen, daraus die Folgerungen für die eigene Initiative ziehen und darauf ausgehen, die Fehler der Gegenseite auszunutzen. Zusammenfassen der Kräfte an entscheidender Stelle sei das wesentlichste. Trotz Auflösung der Gesamtkampfkräfte in kleinere Gruppen auf breitem Raume, müßten sie fest in der Hand des obersten Führers bleiben, damit operative und taktische Absicht auch bei Zufälligkeiten und Zwischenfällen gesichert sei.

Als persönliche Erfahrung in diesem Manöver vermerkte der Minister

die vortreffliche Haltung der Truppen auf dem Marsch und im Gefecht.

Die straffe Manneszucht des alten Heeres in Verbindung mit selbständigem Denken und Handeln des neuzeitlichen Einzelkämpfers, das gute Beschreibwissen über die Gefechtslage beim Gegner und bei den eigenen Truppen, sowohl von Offizieren als auch vom einfachen Mann, und das Interesse für alle Vorgänge auf dem Gefechtsfelde seien interessante Erscheinungen. Der Minister sprach seinen Dank allen Soldaten, vom höchsten Führer bis zum jüngsten Kämpfer, für die vortreffliche Leistung aus, insbesondere aber dankte er dem Chef der Heeresleitung, General Heye. Auf Grund seiner Erfahrungen bezeichnete der Minister als

seine wichtigste Aufgabe:

1. Die Sorge für die materielle und technische Heeresausstattung, 2. die Aufklärung der Oeffentlichkeit über den Geist und die Leistungen der Armee, um dadurch den Stolz und die Liebe zur Reichswehr in allen Schichten der Bevölkerung zu fördern und schließlich den Wehrwillen im ganzen Volke zu wecken bzw. zu stärken.

Reichspräsident von Hindenburg sprach den Führern und der Mannschaft gleichfalls Dank und Anerkennung für die ganz vortrefflichen Leistungen, die in diesem Manöver vollbracht wurden, aus.

Betriebssicherheit der Reichsbahn.

Der Arbeitsausschuß zur Untersuchung der Betriebssicherheit der deutschen Reichsbahn hat seine Tätigkeit beendet und teilt folgendes Schlußergebnis mit:

Die Betriebssicherheit bei der deutschen Reichsbahn erscheint nach dem Gesamtergebnis der Untersuchungen des Ausschusses in einem Maße gewährleistet, wie es billigerweise von einem öffentlichen Verkehrswesen verlangt werden kann. Die Voraussetzungen, von denen die Reichsbahn-Gesellschaft ausgeht, um eine sichere Betriebsführung zu erzielen, entsprechen den, auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues und Betriebsdienstes herrschenden neuzeitlichen Anschauungen. Die Mittel, die sie zur Erfüllung dieser Voraussetzungen anwendet, sind richtig gewählt, auch wenn sie in manchen Einzelheiten verbesserungsbedürftig sind. Der Ausschuß muß dabei ganz allgemein anerkennen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft trotz der schwierigen Verhältnisse in der Nachkriegszeit sehr große Aufwendungen gemacht hat, um in erster Linie ihren technischen Apparat in betriebssicherem Zustand zu erhalten. Von einem Systemfehler in der Betriebsführung, der eine akute Betriebsgefahr in sich schließen könnte, kann daher allgemein nicht gesprochen werden. Um auch in Zukunft die Betriebssicherheit in weitgehendstem Maße zu gewährleisten, hat der Ausschuß in einer Denkschrift, die dem Herrn Reichsverkehrsminister überreicht wird, Anregungen gegeben.

Frankreichs „effektive Sicherheit".

In der Debatte, die gestern in Genf auf die Rede des Grafen Bernstorff folgte, hat sich der Sprecher Frankreichs, der Sozialist Paul-Boncour, durchaus als der französische Realpolitiker bewährt, den wir längst in ihm kennen. Er hat die Auffassung der französischen Regierung, der öffentlichen Meinung Frankreichs und seiner Partei, der französischen Sozialdemokratie, wiedergegeben, wenn er als den Angelpunkt des Abrüstungsproblems die These von der „effektiven Sicherheit" kennzeichnete. Paul-Boncour spielte auf den Passus der Völkerbundssatzung an: „Der Rat berücksichtigt unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zweck einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor." Wie wir es wie anders erwartet haben, benutzt Frankreich, als dessen geistreicher Anwalt sich der Freund Breitscheids bewährt, die Hinterlür der „geographischen Lage und der besonderen Umstände", um nicht nur die Abrüstung überhaupt als unrealistisch abzulehnen, sondern um darüber hinaus die Aufrüstung mit diesem Satze zu begründen. Auch diese Tatsache beweist, daß unsere Gegner nicht im entferntesten daran denken, das Abrüstungsversprechen, das mit der Entwaffnung Deutschlands gegeben wurde, zu erfüllen. Es klingt wie Ironie, wenn Herr Paul-Boncour, der übrigens Herrn Briand durch heimtückisch-verlogenen Hinweis auf die „potentielle Stärke" der Reichswehr sekundiert, in Genf sich hinstellt und sagt, es sei ja im Sinne von Versailles und Locarno soviel erreicht, wenn das Abrüstungsproblem jetzt studiert würde. Für diese Art von Studium, das bei gewaltiger Aufrüstung der großen Militärmächte Beargwöhnung jedes Büchsenschusses in deutschen Wäldern einschließt, bedanken wir uns sehr. Ebenso bedanken wir uns für weitere Fesselung durch neue Locarno-Verträge, die uns dieser heuchlerische Apostel der Amsterdamer Internationale mundgerecht machen möchte, indem er sagt, Vorbedingung für die Abrüstung sei ein allgemeines europäisches Sicherheitssystem nach dem Muster von Locarno. Der Dolch in Paul-Boncours Gewande trägt die Gravierung „Ostlocarno". Diese Art von Sicherheitssystem dient nur zur Knebelung des Schwachen, ohne daß der Stärkere daraus irgendwelche moralischen Verpflichtungen entnimmt (siehe Rheinlandräumung und Locarno-Pakt).

Genf, 25. September.

Im weiteren Verlauf der heutigen Völkerbundsversammlung führte Lord-Lamington, England, nachdem der Saal bereits während der Rede des Grafen Bernstorff ziemlich gefüllt hatte, in einer längeren Darlegung im wesentlichen aus, daß die britische Delegation nicht der Meinung sei, daß es von irgend einem praktischen Wert sein könnte, wenn der Vorbereitende Abrüstungsausschuß ohne eine vorhergehende entscheidende Einigung über die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten einberufen würde. Er schloß mit der Erklärung, daß die englische Delegation in dem Wunsche, die allgemeine Friedensarbeit nicht zu behindern (!), dem vorgelegten Entschließungsantrag zustimmen werde, obwohl sie von dessen Zweckmäßigkeit nicht überzeugt sei.

Als nächster Redner bezog sich

Paul-Boncour, Frankreich,

zunächst auf die vorhergegangenen Erklärungen der deutschen und der ungarischen Delegation. Paul-Boncour erkennt ohne weiteres die Bedeutung der in Kapitel 5 der verschiedenen Friedensverträge festgelegten Abrüstungsversprechen an. Wenn es sich darum handele, dieser einigen Staaten auferlegten Abrüstung und den damit verbundenen Versprechungen gerecht zu werden, so sei dies nicht eine Frage zwischen Frankreich und Deutschland oder Ungarn und seinen Nachbarstaaten, sondern ein Problem, das weit darüber hinausgehe.

Es handle sich vielmehr um die im Artikel 8 des Völkerbundspaktes enthaltene Verpflichtung, die klar und genau sei und der sich niemand entziehen könne.

In diesem Artikel werde die Abrüstung nicht von dem Gefühl der Sicherheit, sondern von der effektiv vorhandenen Sicherheit abhängig gemacht.

Bezugnehmend auf die Arbeiten über die Sicherheitsfragen bemerkte sich Paul-Boncour dagegen, daß man hier einen Vorwand für Nichtabrüstung schaffen wollte, und legte dann dar, daß die allgemeine Abrüstung, die als solche heute noch verfrüht sei, nur etappenweise verwirklicht werden könnte, und zwar im Verhältnis zu der wachsenden Besserung der Sicherheitsbedingungen, die seit dem Inkrafttreten der Locarnoverträge bereits teilweise erhöht worden sei. Wenn jedoch in den Abrüstungsverhandlungen die effektive Truppenstärke erörtert werde, dann müsse man in Rechnung stellen, welche tatsächliche Bedeutung und Stärke jede Armee im Hinblick auf die Reserven besitze. Es genüge nicht, lediglich zu erklären, man habe eine Armee von 100 000 Mann, und andere Mächte hätten größere Armeen. Man müsse klären, welche potentielle Stärke und Bedeutung dieser Armee innewohne. Frankreich habe bereits seine Armee um 34 Prozent herabgesetzt und sei bereit, auf der ersten Abrüstungskonferenz seine Armee

Befristete Zulassung des L. Z. 127.

Friedrichshafen, 25. September.

Am gestrigen Dienstag fand in Friedrichshafen eine Besprechung zwischen dem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialdirigent Brandenburg, den Beauftragten der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und Dr. Eckener vom Luftschiffbau statt, die sich mit den noch schwebenden Fragen hinsichtlich des neuen Luftschiffes beschäftigten. In dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zunächst festgestellt, daß die bisherigen Maßnahmen zur Prüfung der Luftüchtigkeit des „L Z 127" im engsten Einvernehmen zwischen der Versuchsanstalt und dem Luftschiffbau Zeppelin getroffen worden seien. Insbesondere habe über die Behandlung der Kraftzugfrage volle Einmütigkeit zwischen der Versuchsanstalt und dem Luftschiffbau bestanden. Hinsichtlich des weiteren Verfahrens wegen der Zulassung des Luftschiffes waren alle drei beteiligten Stellen zu folgendem Ergebnis:

Nach befriedigendem Verlauf einer Probefahrt mit Kraftgas wird die Versuchsanstalt, die sich in dieser Angelegenheit auch auf das Urteil des im Luftschiffbau tätigen Marinebaurats Besch und auf die Mitarbeit der Chemisch-technischen Reichsanstalt stützt, dem Reichsverkehrsministerium eine Luftüchtigkeitserklärung vorschlagen, welche mit bestimmten Vorbehalten bezüglich aerodynamischer, statischer und allgemeiner Betriebsfeststellungen versehen ist. Diese Feststellungen können ihrer Natur nach erst im Laufe eines längeren Betriebes des Luftschiffes gemacht werden. Wegen der Vorbehalte wird die Versuchsanstalt dem Reichsverkehrsministerium vorschlagen, die Zulassung des Luftschiffes befristet bis zum 1. April 1929 auszusprechen. Während dieser Zeitfolge der Luftschiffbau berechtigt sein, alle in seiner Absicht gelegenen Fahrten mit dem Schiff auszuführen. Die von der Versuchsanstalt und Marinebaurat Besch gemachten Vorbehalte werden bis zum 1. April 1929 zu klären sein, worauf dann der endgültigen Zulassung des Luftschiffes nichts mehr im Wege stehen würde.

Ministerialdirigent Brandenburg wird an der für den heutigen Mittwochnachmittag in Aussicht genommenen Werkstättenfahrt, die nur über das Bodenseegebiet führen und der Erprobung der Funkeinrichtung des Schiffes dienen soll, teilnehmen. Die endgültige Entscheidung, ob die Fahrt im Hinblick auf noch andauernde Verbesserungsarbeiten bereits am heutigen Mittwochnachmittag oder erst am Donnerstag vor sich gehen kann, wird im Laufe des heutigen Vormittags getroffen werden.

In Friedrichshafen sind inzwischen auch die bekannten englischen Luftschiffführer Major Scott und Major Booth eingetroffen, um an den weiteren Probefahrten des „Graf Zeppelin" teilzunehmen. Major Scott wird bekanntlich eines der neuen im Bau befindlichen englischen Riesenluftschiffe führen.

Ideal

Die unverwüstliche Präzisionsmaschine

Leise, leicht und schnell

Die Königin der Kleinschreibmaschinen

Luxusausführung
in hervorragend schöner farbiger Lackierung
mit elegantem Lederkoffer

Erika

Druckschrift Nr. 378 kostenlos

A.-G. vorm. Seidel & Naumann, Dresden.